

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. (incl. Post) 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-QL / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffleitung: Dresden-QL, Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,55 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restameile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-QL, Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 11. Juni 1929

Nummer 133

Genfationelle Enthüllungen über die Magdeburger Geheimgonferenz

Hintergründe über die Aufhebung des Demonstrationenverbotes / Die KPD soll verboten werden

Ein sozialdemokratischer Funktionär schreibt an den Parteitag der KPD:

An den Parteitag der KPD
Werte Genossen!

Als Teilnehmer am Sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg machte ich eine Reihe von Feststellungen, die mich tief erschütterten. Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß die führenden Leute im Parteivorstand, die mit der Koalitionspolitik eingeschlagene Linie mit aller Konsequenz unter rücksichtsloser Hinwegnahme aller Widerstände durchzuführen werden. Der Eindruck bei den Parteitagabgeordneten war der, daß sie dabei in ihrer Mehrheit durch die und durch mit dem Parteivorstand gehen werden.

Weshalb ich mich an den Kommunistischen Parteitag wende?

Auf Grund persönlicher Äußerungen und Besprechungen auf dem Parteitag gewann ich die Gewißheit, daß von den maßgebenden Kreisen in der Spitze der Partei die Panzerkreuzer- und Schlichtungspolitik noch schlimmer als bisher fortgesetzt wird, wobei der Kampf gegen die KPD mit allen Mitteln und Methoden durchgeführt werden soll, die ich auf das energischste ablehne.

Ich kann mich nicht für den gewaltsamen Bürgerkrieg für die Herrschaft der Arbeitermacht entscheiden, aber ich bin ebenso entschieden gegen die Methoden hinterhältiger Provokationen, mit denen man Eurer Partei einen Genickschlag versetzen will.

Das sind die Gründe, warum ich dem Parteitag der KPD folgende wahrheitsgetreue Mitteilungen mache:

Am Mittwoch, dem 29. Mai, fand auf dem Magdeburger Parteitag u. a. eine mehr zwangsläufige Besprechung statt, an der Wels, Vogel, Sellmann, Jörgiebel, Aufhäuser, Toni Sender und andere teilnahmen. Das Gespräch drehte sich um das Berliner Demonstrationenverbot. Die allgemeine Auffassung war, daß die öffentliche Meinung sich durch das Demonstrationenverbot und die blutigen Ereignisse vom 1. Mai in einer Opposition gegen die SPD befindet. Die Mitglieder der Partei glaubten nicht an die Polizeiberichte, seien im Gegenteil von der Schuld der Polizei überzeugt. Einer sagte sogar, daß ihm ein Genosse aus dem Kreis gesagt habe, daß er nur aus Liebe zur Partei, aber nur mit größtem inneren Widerstreben Jörgiebel verteidige. Die Mitgliedschaft sei auch dadurch bedrückt, daß die bürgerliche Presse, mit Ausnahme der äußersten Rechten, mehr oder weniger offen die KPD zu unterstützen. Besonders der Eindruck bei den Bruderparteien im Ausland über die Ereignisse sei katastrophal gewesen.

Uebereinstimmung war darüber vorhanden, daß auf Grund der Ereignisse die KPD nicht verloren, sondern gewonnen habe. Mit den in Händen der Polizei befindlichen Anweisungen der KPD sei nichts anzufangen, da darin in keiner Weise zu bewaffneten Zusammenstößen aufgefördert werde. Die Geschichte mit Künstlers 200 Toten und den russischen Emigranten sei so wacklich, daß man damit keinen Effekt machen könne.

Auf Grund dieser Feststellungen waren die Anwesenden alle dafür, daß man die Partei am besten aus dieser Affäre herausbringen könne durch überraschendes Aufheben des Demonstrationenverbots.

Von einzelnen persönlichen Meinungen seien die folgenden Genossen wiedergegeben:

Toni Sender „kritisierte“ die Handlungsweise Jörgiebels vor dem 1. Mai: „Es sei nicht verständlich, daß die Kommunisten bis zum 1. Mai eine Demonstration nach der anderen machen konnten, ohne daß es zu Schwierigkeiten kam. Ueberhaupt für die Öffentlichkeit wurde ausgerechnet am 1. Mai mit schärfsten Mitteln vorgegangen.“

Aufhäuser bezeichnete die ganze Taktik, wie diesmal gegen die KPD vorgegangen wurde, für verfehlt. Auch in den Kreisen der Angestellten und Beamten gebe man fast durchweg der Polizei die Schuld. Das Verbot sei im jetzigen Moment untragbar für die Partei. Er fordere deswegen die Aufhebung, obwohl er nicht glaube, daß dabei viel gewonnen werde. Die Kommunisten würden es so hinstellen, als sei das ein Zurückziehen.

Toni Sender meinte darauf, man müsse eben eine „gute Begründung finden“ und aus der Aufhebung eine Agitationsmöglichkeit für die SPD machen.

Jörgiebel, der über die Kritik ziemlich nervös war, ist auch für die Aufhebung des Demonstrationenverbots, weil, wie

er sagt, er in ihm das einzige Mittel sieht, die Kommunistische Partei zum Kampf mit offenem Biss zu zwingen. Da es bei den kommenden Demonstrationen ganz sicher zu Zusammenstößen komme, biete die jegliche Aufhebung des Verbots die beste Möglichkeit zu einem noch schärferen Vorgehen gegen die Kommunistische Partei.

Sollmann meint, daß man schon wehen dem Verfallungstag den Kommunisten das billige Argument gegen die Weimarer Verfassung nehmen soll, daß man nur ihnen das Recht auf die Straße verwehrt. Derartige Verbote, die so unvorberetet durchgeführt (!) werden, haben nach seiner Meinung keinen Sinn. Man muß der Kommunistischen Partei in der Presse von vornherein die Schuld zuschieben. (!) Er müsse offen zugeben, daß das diesmal nicht gelungen sei. Auch er sieht in dem Demonstrationenverbot die beste Möglichkeit, die KPD zu neuen Zusammenstößen zu provozieren. Zur Durchführung der Politik in der Regierung sei auch ein Verbot der KPD zwingend nötig. Es wurde dann noch über die Art der „Begründung“ diskutiert und festgelegt, daß Jörgiebel nur kurz die Tatsache mitteilt und sie mit einer Begründung der Lage erklärt.

Diese sensationellen Enthüllungen eines SPD-Funktionärs bestätigen vollkommen, was wir schon immer über die SPD geschrieben. Kein Klassenbewußter Arbeiter kann dieser Partei noch angehören! Zieht die Konsequenzen: Heraus aus der Arbeiterpartei, der SPD! Hinein in die KPD, die einzig und allein die Interessen der Arbeiter vertritt!

Das 31. Opfer der blutigen Maitage

Der Schlossermeister Lindau, der am 1. Mai um 13,15 Uhr in einem Fahrradgeschäft am Bülowplatz in Berlin durch die Radentastur hindurch angeschossen wurde, ist im Berliner Krankenhaus am Friedrichshain am 8. Juni seinen Verletzungen erlegen. Der Tod wurde durch die Folgen eines Oberschenkelstichs herbeigeführt. Lindau war an den Demonstrationen der Berliner Arbeiter völlig unbeteiligt und befand sich als harmloser Käufer in dem betreffenden Fahrradgeschäft.

Die Reichsbahn verlangt Tarifierhöhung!

Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, einer Tarifierhöhung ihre Zustimmung zu geben. In dem Communiqué, das die Reichsbahnverwaltung dazu herausgibt, begründet sie die Notwendigkeit dieser neuerlichen ungeheuren Belastung der merkwürdigen Bevölkerung wie üblich mit den gesteigerten Personalausgaben. Die Schuld an der „notwendigen“

Tarifierhöhung wird also den Eisenbahnern in die Schuhe geschoben. Der vor einigen Tagen gefällte elende Schiedsspruch, der ihnen armeneliche Hungerpennie als Lohnerhöhung gewährt, soll eine Mehrausgabe von jährlich 55 Millionen Mark ausmachen, die gedeckt werden müssen. Es heißt schon in diesem Communiqué, daß eine Deckung der Mehrausgaben nur eben durch eine Erhöhung der Tarife möglich sei, da „eine weitere Drosselung der Sachausgaben, die heute schon unterhalb der normalen Anforderung liegen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht mehr verantwortet werden kann“!

Dieses Gefasel über „Betriebssicherheit“ und dergleichen, in einer Zeit, wo ein Eisenbahnunglück und ein Betriebsunfall nach dem andern sich jagt, soll nur die Tatsache verdeuten, daß die ungeheuren Gehälter der Eisenbahndirektoren und der höheren Beamten, die Unterhaltung der Eisenbahnpolizei und „Technischen Nothilfe“ usw. riesige Millionensummen verschlingen. Hier muß abgebaut werden!

Ein Massensturm muß sich gegen die neue Tarifierhöhung erheben.

Die arbeitende Bevölkerung wird davon nicht nur durch höhere Fahrpreise betroffen, sondern die Tarifierhöhung wird unmittelbar eine Steigerung der wichtigsten Lebensmittel durch die Erhöhung der Gütertarife zur Folge haben. Von der Koalitionsregierung Müller ist nichts zu erwarten, als daß sie über kurz oder lang der Forderung Dorpmüllers ihre Zustimmung geben wird. Nur der Massenprotest der Werktätigen kann helfen!



Dorpmüller, Generaldirektor der Reichsbahn-AG

Furchtbares Dampferunglück in Meißen

Eisdampfer rammt Ueberfähre / Die Zahl der Toten noch unbekannt / Verjagen der Rettungsaktion

(Von unserem nach Meißen entsandten Redaktionsmitglied)

Gestern kurz vor 12 Uhr ereignete sich in Meißen unterhalb der Eisenbahnbrücke ein furchtbares Unglück, dem mehrere Personen — man spricht von 4 bis 8 — zum Opfer fielen. Die Motorfähre „Forelle“ war im Begriff, eine größere Zahl von Personen überzusetzen. In etwa der Mitte der Elbe wurde die Fähre von dem Eisfrachtdampfer „Birna“, der elbaufwärts fuhr, gerammt und brach in zwei Teile auseinander. Das Boot versank sofort in den Fluten, die vielen Personen mitreißend.

Man hat bisher die Leiche einer Frau geborgen. Es handelt sich um Frau Lauterbach aus Regis-Breitingen bei Borna. Vermutet wird weiterhin der Schwiegerjohn der Genannten, Steinmeißner Otto Marklich aus Gollma bei Leipzig-Deßlich und der Meißner Kaufmann Kurt Reinhold Kobl. Der Bootsführer, Fähremeister Wergner, erlitt einige Rippenquetschungen, er konnte aus eigener Kraft das Ufer erreichen. — Gerettet wurden Fr. G e h n e r und der Kaufmann

H. Weber aus Meißen, Emil Hesse aus Leipzig und Stanislaw Ansoerge aus Stahmeln bei Leipzig. Doch steht bis jetzt noch immer nicht die Zahl derjenigen, die überfahren wurden, fest, so daß mit weiteren Todesopfern gerechnet werden muß. Man nimmt an, daß ungefähr 16 Personen (vor allem Frauen und Kinder) sich auf dem Boot befanden.

Der Fähremeister ist schuld!

Laut Vorschrift haben die Eisfrachtdampfer Vorfahrtsrecht, zum anderen darf die Fähre die Elbe nicht überqueren, wenn sich ein Dampfer in etwa 100 Meter Nähe zeigt. Beide Vorschriften sind offensichtlich von dem Fähremeister Wergner außer acht gelassen worden!

Die Rettungsaktion vollständig verjagt.

Von allen, die das Unglück beobachteten, hört man, daß die Rettungsaktion vom Lande aus vollkommen verjagt und viel zu spät einsetzte, und vor allem der Eisfrachtdampfer „Birna“ sah gar nicht mit Rettungsaktionen einsetzte oder zumindest so spät, daß an ein Retten nicht mehr zu denken war. Nur daraus erklärt sich die große Zahl der Toten.